

# PRESSEMITTEILUNG

## **Rede des Ministers für Inneres und Sport Lorenz Caffier zum Antrag der Fraktion DIE LINKE „Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Jürgenstorf“**

**IM**

Datum: 02.02.2012

### **Es gilt das gesprochene Wort!**

Anrede,

Die Fraktion DIE LINKE will, das ist nicht neu, Gemeinschaftsunterkünfte generell schließen, Asylbewerber generell in Wohnungen unterbringen und instrumentalisiert dafür die Gemeinschaftsunterkunft Jürgenstorf, weil man in Jürgenstorf aufgrund der Lage des Dorfes im ländlichen Raum und nicht in einer Stadt, angeblich nicht menschenwürdig leben könne.

Nun, ich meine, dass es sich hierbei insgesamt um ein sehr sensibles Thema handelt, dem wir uns alle mit größter Ernsthaftigkeit annehmen müssen. Das sind wir sowohl den in unserem Land aufgenommenen Asylbewerbern als auch den hier lebenden Mecklenburgern und Vorpommern schuldig.

Meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, ich denke, wenn man die Unterkunftssituation in Mecklenburg-Vorpommern aber so pauschal beurteilt, wie Sie es immer wieder tun, nämlich in dem man sie in den düstersten Farben schildert, wird man dieser Ernsthaftigkeit und Sensibilität nicht gerecht.

Deshalb ist es mir ein dringendes Bedürfnis, hier und heute eine Lanze für die Landkreise und kreisfreien Städte zu brechen, die nach den in unserem Landtag beschlossenen

Ministerium für Inneres und Sport

Mecklenburg-Vorpommern

Alexandrinestraße 1

19055 Schwerin

Telefon: +49 385 588-2003

Telefax: +49 385 588-2971

E-Mail: [presse@im.mv-regierung.de](mailto:presse@im.mv-regierung.de)

Internet: [www.im.mv-regierung.de](http://www.im.mv-regierung.de)

V. i. S. d. P.: Marion Schlender

Gesetzen für die Aufnahme von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zuständig sind.

Mein Haus hat sich im Laufe der Zeit selbst den Eindruck verschaffen können, dass diese alles in ihrer Macht stehende tun und sich selbst mit großer Hingabe und lobenswertem Engagement um die Belange der Asylbewerber vor Ort kümmern. Dafür gilt ihnen mein aufrichtiger Dank.

Gestatten Sie mir nun, konkret auf die einzelnen Punkte des Antrages einzugehen. Der offene Brief vom 23. September 2011, der von der Fraktion DIE LINKE im Antrag zitiert wird, veranlasste mein Haus, eine Besichtigung der Gemeinschaftsunterkunft für den 7. Oktober 2011 anzuberaumen und im Anschluss daran eine Beratung mit den Asylbewerbern vor Ort und mit Vertretern des Landkreises, des Amtes Stavenhagen, der Gemeinde Jürgenstorf und des Betreibers der Einrichtung sowie mit dem Direktor der Reuterstädter Gesamtschule in Stavenhagen durchzuführen. Die Zielstellung bestand darin, sich einen ersten Eindruck vor Ort zu verschaffen. In zahlreichen weiteren Gesprächen mit dem Landkreis, aber auch mit dem Flüchtlingsrat und dem Psychosozialen Zentrum Greifswald wurde die Wohnsituation der Asylbewerber in der Gemeinschaftsunterkunft erörtert und analysiert.

Heute kann ich Ihnen mitteilen, dass sich ein Großteil der im offenen Brief erhobenen Vorwürfe als haltlos erwiesen hat.

Beispielhaft möchte ich an dieser Stelle die ungeheuerliche Behauptung nennen, dass die in Jürgenstorf lebenden Ausländerinnen und Ausländer fremdenfeindlichen Übergriffen ausgesetzt seien und sich dieses rassistische Klima unter den Mitschülerinnen und Mitschülern der Schule in Stavenhagen widerspiegelt.

Eine hierzu durchgeführte Recherche hat schließlich ergeben, dass diese Behauptung jeglicher Grundlage entbehrt. Und so muss man sich nicht wundern, dass diese böartige Unterstellung bei den Jürgenstorfer Einwohnern sowie bei den Lehrern und einheimischen Schülern an der Schule in Stavenhagen nicht nur zur Verwunderung,

sondern auch zu Enttäuschung und Verbitterung geführt hat. Denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, das sollten Sie wissen, beteiligt sich gerade diese Schule seit Jahren erfolgreich am bundesweiten Projekt „Schulen ohne Rassismus – Schulen mit Courage“ und gibt den Schülerinnen und Schülern die Zeit und den Raum, sich aktiv mit allen Formen von Diskriminierung auseinander zu setzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, tatsächlich, und das räume ich offen ein – haben die Überprüfungen leider auch ergeben, dass es in der Gemeinschaftsunterkunft in Jürgenstorf Baumängel gibt. Aus diesem Grund hat mein Haus den Landkreis Mecklenburgische Seenplatte aufgefordert, ein Gutachten erstellen zu lassen, aus dem hervorgeht, welche Sanierungsmaßnahmen für einen auf längere Sicht angelegten Weiterbetrieb der Gemeinschaftsunterkunft notwendig sind.

Im Ergebnis dessen hat ein Ingenieurbüro aus Malchin festgestellt, dass hierfür ein Aufwand in Höhe von zunächst mehr als 900.000,00 Euro erforderlich ist.

Da ein solcher Aufwand wirtschaftlich nicht zu vertreten ist, wurde der Landrat mit Schreiben vom 12. Januar diesen Jahres gebeten zu veranlassen, die Einrichtung mit dem Auslaufen des mit den Malteser Werken geschlossenen Betreibervertrages am 30. Juni 2013 zu schließen. Ich möchte an dieser Stelle aber auch darauf hinweisen, dass diese Entscheidung im Einvernehmen mit dem Landkreis als Träger der Gemeinschaftsunterkunft erfolgt ist.

Parallel dazu wurde der Landkreis aufgefordert, zu prüfen, ob einzelne Bewohnerinnen und Bewohner der Gemeinschaftsunterkunft in Zukunft dezentral untergebracht werden können, soweit sie dies selbst auch wollen und soweit entsprechender Wohnraum überhaupt zur Verfügung steht. In diesem Zusammenhang möchte ich mich beim Bürgermeister der Stadt Stavenhagen bedanken, der diesbezüglich eine großzügige Unterstützung in Aussicht gestellt hat.

Allerdings, meine Damen und Herren von der Fraktion DIE LINKE, ist der von Ihnen aufgezeigte Weg für eine

ausschließlich dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus rechtlichen, sozialen, logistischen und zahlreichen anderen Gründen nicht umsetzbar. Dies habe ich Ihnen hier bereits im November des zurückliegenden Jahres umfassend erläutert. Ich erspare mir deshalb, auf diese Aspekte noch einmal einzugehen.

Eingehen möchte ich aber zum Schluss noch auf die Zugangsentwicklung bei Asylbewerbern.

Wie Sie wissen, steigen die Zugangszahlen seit Mitte des Jahres 2010 stetig an. Allein im vergangenen Jahr haben in Mecklenburg-Vorpommern 973 Personen einen Asylantrag gestellt. Da nach den aktuellen Zugangsprognosen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge diese Entwicklung anhalten wird, ist die Schaffung zusätzlicher Platzkapazitäten zwingend geboten. Aus diesem Grund habe ich die Landkreise und kreisfreien Städte aufgefordert, ihrer Verpflichtung nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz nachzukommen und ausreichende Gemeinschaftsunterkünfte vorzuhalten.

Wer die Notwendigkeit hierfür jedoch in Abrede stellt, das sage ich ganz deutlich, der verkennt die Realität und verhält sich kontraproduktiv und verantwortungslos.

Aus den genannten Gründen ist der Antrag der Fraktion DIE LINKE abzulehnen.